

Viele grüne Fragezeichen zum EU-Agrarfreihandel

Greenfo-Beitrag, Januar 09

Nein zu einem EU-Agrarfreihandel auf Kosten unserer bäuerlichen Landwirtschaft und der Umwelt

Am 4. November 2008 hat Bundesrätin Doris Leuthard in Brüssel mit den Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen Landwirtschaft mit der EU begonnen. Ihr ehrgeiziges Ziel sind offene Grenzen ab 2016 für Gemüse, Obst, Getreide, Schlachtvieh, Milch, usw. ... Es soll ein umfassendes Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich werden, das auch Produktionsmittel wie Saatgut, Maschinen und die nachgelagerten Verarbeiter wie Mühlen, Metzgereien, Käsereien, Molkereien umfasst. Dabei sollen sämtliche Schutzzölle und Importkontingente abgebaut und die Vorschriften für Nahrungsmittel dem EU-Recht angepasst werden. Nicht die EU hat diesen Agrarfreihandel mit der Schweiz gesucht, sondern der Bundesrat. Dabei legt er dar, wie die Konsumentinnen mit bis zu 25% billigeren Lebensmittelpreisen und die Volkswirtschaft mit einem BIP-Wachstum von rund 2 Milliarden Franken profitieren könnten.

Wer dabei das Opfer bringen muss, ist klar: die Bauernfamilien. Nach Berechnungen des Departementes Leuthard würde das Landwirtschaftliche Sektoreinkommen um rund die Hälfte auf 1.6 Milliarden Franken fallen. Mit anderen Worten: die Hälfte der Bauernhöfe müssten aufgeben. Im Moment ist eine vom Bundesrat eingesetzte Begleitgruppe mit allen Agrar-Akteuren daran, Begleitmassnahmen auszuarbeiten, die diesem „Bauernsterben“ mit viel Steuergeldern entgegenwirken soll.

Grüne Agrarpolitik setzt auf Qualität als wichtigstes Gütesiegel der Schweizer Landwirtschaft: mehr Ökologie, mehr Regionalität, kein Gentechanbau, kein forciertes Strukturwandel zu Lasten kleinbäuerlicher Betriebe. Für uns Grüne ist heute schon klar: einem Agrarfreihandel à la Leuthard, der einseitig auf billige Lebensmittel setzt und den Strukturwandel in Landwirtschaft und Gewerbe forciert, lehnen wir ab.

Freihandel mit Agrarprodukten erzeugt weltweit mehr Verlierer als Gewinner. Die Gewinner sind meist die Industrie und der reiche Norden, die Verlierer die lokale Bevölkerung, die Bauernfamilien und die Selbstversorgung eines Landes. Daher wird auch der weltweite Ruf nach „Nahrungsmittelsouveränität“ immer lauter. Gerade die Lebensmittelkrise im vergangenen Jahr hat uns diesen Mechanismus drastisch vor Augen geführt: Sind die Grenzen offen, folgt auch das Essen dem Geld. Es gibt darum gerade heute keinen vernünftigen Grund, in einen Agrarfreihandel mit dem grossen europäischen Wirtschaftsraum einzusteigen.

Die Schweizer Landwirtschaft ist schon heute unter Druck. Seit 1990 haben in der Schweiz bereits über 30'000 Bauernhöfe ihre Stalltüren und Scheunentore für immer geschlossen. 2004 haben die Bauern für ihre Produkte 24% weniger bekommen als 1992, aber im Laden kosten sie seither 11% mehr! Der Zwischenhandel und die verarbeitende Industrie haben daran verdient. Und sie werden noch mehr verdienen, wenn die Preise für die Rohstoffe bei einem Agrarfreihandelsabkommen sinken oder billiger importiert werden können.

Mit industriellen Methoden wird die Schweizer Landwirtschaft aber nie mithalten können. Die Ausrichtung heisst daher Qualität! Und sie sollen vor allem für die eigene Bevölkerung vor Ort produziert werden. Der Selbstversorgungsgrad liegt heute bei 60%. Es werden also bereits 40% Lebensmittel importiert. Mit dem Agrarfreihandel öffnen sich die Grenzen und die Agrarprodukte (auch lebende Schlachttiere) werden dann wie in der ganzen EU mit unsinnigen Transporten auf der Strasse kreuz und quer dorthin gefahren, wo die Verarbeitung, der Handel oder der Verkauf am Günstigsten ist. Dies ist ein ökologischer Irrsinn, den auch die KonsumentInnen ablehnen.

Heute schon ist der Export von qualitativ hochstehenden Schweizer Agrarprodukten durch eine sektorielle Öffnung des Marktes wie beim Käse möglich. Zudem sind wir mit der Agrarpolitik 2011 bereits auf gutem Wege zu mehr Markt, mehr Qualität und weniger Staat. Die Grünen unterstützen diese für unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft im Sinne der Bundesverfassung eingeschlagene Strategie und setzen sich für die Stärkung des Biolandbaus auf allen Ebenen ein. Ein neoliberales Prestigeprojekt, das bäuerliche und gewerbliche Strukturen zerstört und den Konsumenten und der Umwelt einen Bärendienst erweist, lehnen die Grünen hingegen ab.